

ELENA JANA BEYER

Die Kollision von
Europäischem Nachlasszeugnis
und nationalen
Nachlasszeugnissen

Gesellschaft für Rechtsvergleichung e.V.

*Rechtsvergleichung
und Rechtsvereinheitlichung*

83

Mohr Siebeck

Rechtsvergleichung und Rechtsvereinheitlichung

herausgegeben von der
Gesellschaft für Rechtsvergleichung e.V.

83



Elena Jana Beyer

Die Kollision von Europäischem
Nachlasszeugnis und nationalen
Nachlasszeugnissen

Mohr Siebeck

Elena Jana Beyer, geboren 1992; Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Bayreuth, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, deutsches und internationales Unternehmens- und Kapitalmarktrecht der Universität Bayreuth; derzeit Rechtsreferendariat im Bezirk des Oberlandesgerichts Bamberg.

ISBN 978-3-16-161529-0 / eISBN 978-3-16-161530-6

DOI 10.1828/978-3-16-161530-6

ISSN 1861-5449 / eISSN 2569-426X (Rechtsvergleichung und Rechtsvereinheitlichung)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2022 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2021 von der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth als Dissertation angenommen.

Sie entstand größtenteils während meiner Tätigkeit als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, deutsches, europäisches und internationales Unternehmens- und Kapitalmarktrecht der Universität Bayreuth. Rechtsprechung und Literatur konnten bis August 2021 berücksichtigt werden.

Mein ganz besonderer Dank gilt meiner verehrten Doktormutter *Prof. Dr. Jessica Schmidt, LL.M.* (Nottingham), die meine Begeisterung für die rechtswissenschaftliche Auseinandersetzung mit Themen des europäischen Erbrechts geweckt und die thematische Anregung zu dieser Arbeit gegeben hat. Während meiner Promotionszeit hat sie mich stets umfassend betreut und gefördert. Auch im Hinblick auf weitere Veröffentlichungen hat sie mich stets ermutigt und unterstützt.

Besonderer Dank gilt zudem *Prof. Dr. Martin Schmidt-Kessel* für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens sowie seine Unterstützung und Ermunterung zur rechtswissenschaftlichen Arbeit bereits in meiner Zeit als studentische Hilfskraft an seinem Lehrstuhl sowie bei der Gesellschaft für Rechtsvergleichung e.V.

Herzlich bedanken möchte ich mich auch bei der Gesellschaft für Rechtsvergleichung e.V. für die Aufnahme in die Schriftenreihe Rechtsvergleichung und Rechtsvereinheitlichung.

Weiterhin gilt mein Dank allen Freunden und Kollegen am Lehrstuhl und an der Fakultät, die mich in den vergangenen Jahren begleitet und diese Zeit durch die gemeinsame Arbeit und Diskussionen sowohl in fachlicher als auch in persönlicher Hinsicht bereichert haben. Besonderer Dank gilt *Dr. Felix Wilke, LL.M., Rebecca Rohm* und *Alisa Rank-Haedler* für ihre kritischen Anmerkungen zum Manuskript und wertvolle Diskussionen. Zu Dank bin ich auch *Andrei Saal* verpflichtet, für seine unbedingte Unterstützung in den vergangenen Jahren.

Mein größter persönlicher Dank gilt schließlich meinen Eltern *Renate Beyer* und *Kurt Lex*, die mich während meiner juristischen Ausbildung stets unterstützt und ermutigt haben und auf deren uneingeschränkten Rückhalt ich in jeder Lebenslage vertrauen darf. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Bayreuth, im Mai 2022

Elena Jana Beyer

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Verzeichnis wesentlicher Abkürzungen und zitierter Rechtsakte	XXIII
<i>Einleitung</i>	1
A. Gegenstand der Untersuchung und Meinungsstand	3
B. Methode und Gang der Untersuchung	5
<i>Kapitel 1: Das ENZ als supranationales Rechtsinstrument</i>	9
A. Ratio des ENZ und kompetenzrechtliche Problematik	9
B. Grenzüberschreitender Bezug	15
<i>Kapitel 2: Vergleichende Synthese – speziell des Inhalts und der materiell-rechtlichen Wirkungen der betrachteten Nachlasszeugnisse</i>	19
A. ENZ	19
B. Deutsche Nachlasszeugnisse	68
C. Französische Nachlasszeugnisse	75
D. Würdigung und Résumé	94
<i>Kapitel 3: Gemeinsamer Anwendungs- und Geltungsbereich des ENZ und der MNZ</i>	101
A. Konvergenz der Zwecke erbrechtlicher Legitimationsnachweise . . .	101
B. Unmittelbare Geltung des ENZ im Ausstellungs- und Verwendungsmitgliedstaat	102
C. Erstreckung der Wirkungen der MNZ im mitgliedstaatlichen Ausland	105

<i>Kapitel 4: Optionales Nebeneinander von ENZ und MNZ</i>	131
A. Das ENZ als selbständiges Rechtsinstitut	132
B. Lediglich optionale Harmonisierung	134
C. Akzeptanz des ENZ im Rechtsverkehr	138
D. Notwendigkeit der Vorlage eines weiteren Schriftstücks neben dem ENZ bei der Registereintragung	143
 <i>Kapitel 5: Divergenz zwischen ENZ und den nationalen Nachlasszeugnissen</i>	 151
A. Der Begriff der Divergenz	152
B. Mechanismen der EuErbVO zur Einschränkung einer Divergenz . .	154
C. Keine Mechanismen zur Vermeidung einer Divergenz auf mitgliedstaatlicher Ebene	236
D. Konstellationen einer Kollision	239
E. Gründe für eine Divergenz zwischen ENZ und MNZ	255
F. Kollision des ENZ mit MNZ	294
G. Divergenz zwischen ENZ mehrerer Mitgliedstaaten	332
H. Freizügigkeitskonkurrenz	340
I. ENZ und drittstaatliche Nachlasszeugnisse	341
 <i>Kapitel 6: Überlegungen de lege ferenda</i>	 351
 <i>Zusammenfassung und Ergebnisse in Thesen</i>	 355
 Literaturverzeichnis	 369
Sachregister	391

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Verzeichnis wesentlicher Abkürzungen und zitierter Rechtsakte	XXIII
Einleitung	1
A. <i>Gegenstand der Untersuchung und Meinungsstand</i>	3
B. <i>Methode und Gang der Untersuchung</i>	5
I. Zur Auswahl der exemplarischen Betrachtung des Verhältnisses von ENZ und deutschen bzw. französischen Nachlasszeugnissen .	6
II. Gang der Untersuchung	7
Kapitel 1: Das ENZ als supranationales Rechtsinstrument . . .	9
A. <i>Ratio des ENZ und kompetenzrechtliche Problematik</i>	9
I. Bedürfnis für ein ENZ	10
II. Kompetenz der Europäischen Union	12
B. <i>Grenzüberschreitender Bezug</i>	15
Kapitel 2: Vergleichende Synthese – speziell des Inhalts und der materiell-rechtlichen Wirkungen der betrachteten Nachlasszeugnisse	19
A. <i>ENZ</i>	19
I. Ausstellungsverfahren	20
1. Antragsvoraussetzungen	21
2. Prüfung des Antrags, insbesondere Art. 66 Abs. 4 EuErbVO . .	22
3. Voraussetzungen für die unverzügliche Ausstellung, Art. 67 Abs. 1 EuErbVO	23

II.	Inhalt	24
	1. Nachweis für die Rechtsstellung eines Vindikationslegatars	25
	a) Damnationislegatar nach deutschem Recht	25
	b) Vindikationslegatar nach französischem Recht	26
	2. Rs. <i>Mahnkopf</i>	29
	a) Ausweis eines pauschalierten Zugewinnausgleichs im ENZ	29
	b) Einordnung der <i>avantages matrimoniaux</i> des französischen Rechts	31
III.	Wirkungen	37
	1. Reichweite der Vermutungs- und Legitimationswirkung	38
	a) Legitimationswirkung, Art. 69 Abs. 5 EuErbVO	40
	aa) Widerlegbarkeit der Richtigkeitsvermutung	41
	bb) Vindikationslegate – Rs. <i>Kubicka</i>	42
	(1) Qualifikation – Abgrenzung des Erbstatuts vom Sachenrechtsstatut	43
	(2) Stellungnahme zur Entscheidung des EuGH in der Rs. <i>Kubicka</i>	45
	(3) Auswirkungen der Entscheidung in der Rs. <i>Kubicka</i> auf das deutsche Grundbuchrecht	48
	b) Résumé	49
	2. Gutgläubenswirkung	50
	a) Anwendungsbereich – Reichweite des Art. 69 Abs. 3 und Abs. 4 EuErbVO	50
	b) Konkreter Gutgläubensschutz	52
	c) Anforderungen an die Redlichkeit	53
	d) Beglaubigte Abschriften als Gutgläubensträger	54
	e) Zwischenrésumé	57
	3. Rs. <i>Mahnkopf</i>	58
	4. Beseitigung der Wirkungen eines unrichtigen ENZ	58
	a) Änderung und Widerruf, Art. 71 Abs. 2 EuErbVO	59
	aa) Rechtsfolgen des Art. 71 Abs. 2 EuErbVO für das ENZ	59
	bb) Beglaubigte Abschriften eines geänderten oder widerrufenen ENZ	60
	b) Aussetzung der Wirkungen	63
	c) Zwischenrésumé	63
	5. Absolute oder relative Wirkung des ENZ	64
	<i>B. Deutsche Nachlasszeugnisse</i>	68
I.	Erbschein	68
	1. Ausstellungsverfahren und Inhalt	68
	2. Vermutungs-, Legitimations- und Gutgläubenswirkung	70

3. Beseitigung der Wirkungen eines unrichtigen Erbscheins	73
II. Testamentsvollstreckerzeugnis	74
C. <i>Französische Nachlasszeugnisse</i>	75
I. <i>Acte de notoriété</i>	75
1. Ausstellungsverfahren	76
2. Inhalt	81
3. Wirkungen	83
a) Vermutungs- und Gutgläubenswirkung	83
aa) Anforderungen an die Redlichkeit	85
bb) Kein öffentlicher Glaube des <i>acte de notoriété</i> – konkreter Redlichkeitsschutz	86
cc) Art. 730-5 C. civ. i. V. m. Art. 778 C. civ.	87
b) Beseitigung der Wirkungen eines unrichtigen <i>acte de notoriété</i>	87
II. <i>Attestation notariée</i>	88
1. Abgrenzung zum <i>acte de notoriété</i>	89
2. Sonderfall: Folgen der Rs. <i>Kubicka</i> bei einem deutschen Vermächtnis an französischem Grundbesitz	90
III. Nebensächliche Rolle des Nachweises der Ernennung zum Testamentsvollstrecker im französischen Recht – der <i>exécuteur</i> <i>testamentaire</i> französischen Rechts	91
D. <i>Würdigung und Résumé</i>	94
I. Antragerfordernis und -voraussetzungen, Ausstellungsverfahren sowie Inhalt der Nachlasszeugnisse	94
II. Dauer der Wirksamkeit	96
III. Wirkungen	96
IV. Beseitigung der Wirkungen eines unrichtigen Nachlasszeugnisses .	98
V. Zusammenfassende tabellarische Übersicht	99
 Kapitel 3: Gemeinsamer Anwendungs- und Geltungsbereich des ENZ und der MNZ	 101
A. <i>Konvergenz der Zwecke erbrechtlicher Legitimationsnachweise</i>	101
B. <i>Unmittelbare Geltung des ENZ im Ausstellungs- und Verwendungsmitgliedstaat</i>	102
I. Geltung sowohl im Verwendungs- als auch im Ausstellungsmitgliedstaat	103
II. Unmittelbare Geltung	104

<i>C. Erstreckung der Wirkungen der MNZ im mitgliedstaatlichen Ausland</i>	105
I. Keine Verdrängung der MNZ durch das ENZ im grenzüberschreitenden Verkehr	107
II. Begriffsbestimmungen	108
1. Anerkennungsrechtlicher Entscheidungsbegriff, Art. 3 Abs. 1 lit. g EuErbVO	110
2. Begriff der öffentlichen Urkunde i. S. d. Art. 59 EuErbVO	111
3. Privaturkunde	113
4. Résumé	113
III. Verordnungsautonome Qualifikation der MNZ	113
1. Einordnung als öffentliche Urkunde i. S. d. Art. 3 Abs. 1 lit. i EuErbVO	114
2. Einordnung anhand des nationalen Erteilungsverfahrens	116
3. Stellungnahme	118
4. Résumé	120
IV. Grundprinzip und Reichweite der Anerkennung nach Art. 39 ff. EuErbVO	121
V. Annahme nach Art. 59 EuErbVO	122
1. Einordnung des Art. 59 Abs. 1 EuErbVO als verfahrensrechtliche Kollisionsnorm	122
2. Wirkungserstreckung	123
3. Reichweite der Wirkungserstreckung im Rahmen des Art. 59 Abs. 1 EuErbVO	126
VI. Résumé	128
VII. Sonderproblem: Entscheidungskollision mehrerer MNZ	128
1. Art. 40 lit. c EuErbVO – unbedingter Vorrang der inländischen Entscheidung	129
2. Art. 40 Abs. 1 lit. d EuErbVO – Prioritätsprinzip	130
 Kapitel 4: Optionales Nebeneinander von ENZ und MNZ	 131
<i>A. Das ENZ als selbständiges Rechtsinstitut</i>	132
<i>B. Lediglich optionale Harmonisierung</i>	134
I. Keine Verdrängung der MNZ durch das ENZ aufgrund Unionsrechts	135
II. Zwischenrésumé – Dualismus	136
III. Verdrängung eines MNZ durch das ENZ nach mitgliedstaatlichem Recht	138

C. Akzeptanz des ENZ im Rechtsverkehr	138
I. Keine abstrakt-generelle Forderung eines MNZ anstelle eines ENZ	139
II. Keine abstrakt-generelle Forderung eines ENZ anstelle eines ausländischen MNZ	142
D. Notwendigkeit der Vorlage eines weiteren Schriftstücks neben dem ENZ bei der Registereintragung	143
I. ENZ und deutsches Grundbuchrecht	144
II. Verhältnis von ENZ und französischer <i>attestation notariée</i>	144
1. <i>Acte authentique</i> ?	145
2. <i>Attestation notariée</i> ?	146
 Kapitel 5: Divergenz zwischen ENZ und den nationalen Nachlasszeugnissen	 151
A. Der Begriff der Divergenz	152
B. Mechanismen der EuErbVO zur Einschränkung einer Divergenz	154
I. Mechanismus auf kollisionsrechtlicher Ebene – einheitliche Bestimmung des anwendbaren Rechts	155
1. Geltung der Kollisionsregelungen der EuErbVO im Verfahren zur Ausstellung von MNZ und ENZ	156
2. Systematik und Grundprinzipien der Art. 20 ff. EuErbVO	157
a) Objektive Regelanknüpfung – gewöhnlicher Aufenthalt im Zeitpunkt des Todes	159
b) Grundsatz der Nachlassseinheit	164
3. Grenzen der Vereinheitlichung der erbrechtlichen Kollisionsregeln	167
4. Renvoi	168
5. Résumé	170
II. Mechanismen auf Ebene des Internationalen Erbverfahrensrechts	171
1. Reduzierung paralleler internationaler Zuständigkeiten	171
a) Das Kompetenzsystem der EuErbVO	172
aa) Systematik der Art. 4 ff. EuErbVO	172
(1) Die Grundregeln des Art. 4 EuErbVO und des Art. 10 EuErbVO	172
(2) Abweichungen	176
bb) Grundsatz der Nachlassseinheit	178
cc) Der letzte gewöhnliche Aufenthalt als zentrales Anknüpfungskriterium	180

dd) Zwischenrésumé	181
b) Zuständigkeit für die Ausstellung eines ENZ	182
c) Geltungsbereich der Zuständigkeitsvorschriften – MNZ	183
aa) Sachlicher Anwendungsbereich der EuErbVO	183
bb) Unionsautonome Auslegung der Zuständigkeitsvorschriften	185
cc) Genuin erbrechtlicher Gerichts begriff der EuErbVO	187
(1) Gericht im institutionellen Sinne	189
(2) Konkretisierung des erbrechtlichen Gerichts begriffs in den Rs. <i>WB</i> und <i>E.E.</i> – Differenzierung zwischen Gerichten im funktionellen Sinne und nichtgerichtlichen Stellen	189
(a) Rs. <i>WB</i>	190
(aa) Keine konstitutive Wirkung der Mitteilung i. S. d. Art. 3 Abs. 2 UAbs. 1 EuErbVO	190
(bb) Definition der Ausübung gerichtlicher Funktion	191
(b) Rs. <i>E.E.</i> – Festigung der in der Rs. <i>WB</i> etablierten Linie zum erbrechtlichen Gerichts begriff	192
(3) Einordnung der betrachteten mitgliedstaatlichen Ausstellungsstellen bei der Ausstellung eines MNZ	193
(a) Deutsche Nachlassgerichte	193
(b) Französische Notare	194
(aa) Keine Einordnung der französischen Notare in die Kategorie des Gerichts im funktionellen Sinne	195
(bb) Zwischenrésumé: französische Notare als nichtgerichtliche Stelle i. S. d. EuErbVO	197
dd) Auswirkungen des erbrechtlichen Gerichts begriffs auf die Art. 4 ff. EuErbVO	197
(1) Gerichtliche MNZ – Zuständigkeitskonzentration	197
(a) Rs. <i>Oberle</i>	198
(aa) Urteil des EuGH	198
(bb) Rezeption im Schrifttum	200
(cc) Stellungnahme	201
(dd) Tragweite der Entscheidung des EuGH	205
(b) Zwischenrésumé	207
(2) Nichtgerichtliche MNZ – gleichrangige Zuständigkeit	207
(a) Einordnung und Stellungnahme zu den Entscheidungen des EuGH in den Rs. <i>WB</i> und <i>E.E.</i>	208
(b) Zwischenrésumé – Möglichkeit einer gleichrangigen Zuständigkeit mehrerer Ausstellungsbehörden	210

ee) Résumé – Unterschiedliche Behandlung der MNZ	210
ff) (Keine) Bindung der betrachteten mitgliedstaatlichen Stellen bei der Ausstellung eines MNZ an die Art. 4 ff. EuErbVO	211
(1) Bindung der deutschen Nachlassgerichte	211
(2) Keine Bindung der französischen Notare	212
d) Würdigung und Résumé	214
e) Fälle einer konkurrierenden Zuständigkeit der Gerichte bzw. Ausstellungsstellen mehrerer Mitgliedstaaten	215
aa) Subsidiäre Zuständigkeit, Art. 10 Abs. 1 EuErbVO	215
bb) <i>Forum necessitatis</i> , Art. 11 EuErbVO	216
f) Résumé	216
2. Die allgemeinen Verfahrensregeln der Art. 17f. EuErbVO	217
a) Anwendungsbereich der Art. 17f. EuErbVO	218
aa) Keine Beschränkung durch die eingeschränkte Verweisung des Art. 64 S. 1 EuErbVO	218
bb) Erbverfahren vor einem Gericht	219
cc) Gerichte verschiedener Mitgliedstaaten	220
b) Verhältnis von Art. 17 EuErbVO und Art. 18 EuErbVO	220
c) Anwendung von Art. 17 EuErbVO bzw. Art. 18 EuErbVO bei unstreitigen Verfahren in Erbsachen	221
(a) Anwendbarkeit von Art. 17 EuErbVO bei parallelen Verfahren zur Ausstellung eines ENZ und eines MNZ?	222
(aa) Zwar Partei- und Anspruchsidentität i. S. d. Art. 17 EuErbVO	222
(bb) Allerdings keine Anwendbarkeit aufgrund des systematischen Zusammenhangs zwischen Art. 17 EuErbVO und Art. 40 lit. c und lit. d EuErbVO	226
(b) Stellungnahme: Anwendung von Art. 18 EuErbVO	227
d) Résumé	229
III. Herstellung eines Gleichlaufs zwischen <i>forum</i> und <i>ius</i>	229
IV. Regelungen der Art. 62 ff. EuErbVO	230
1. Ausstellungshindernis des Art. 67 Abs. 1 UAbs. 2 lit. b EuErbVO	231
a) Anwendungsbereich	232
b) Identität des Sachverhalts und Unvereinbarkeit	233
c) Rechtsfolge	234
2. Ausstellungshindernis des Art. 67 Abs. 1 UAbs. 2 lit. a EuErbVO	234
V. Résumé	235

C. Keine Mechanismen zur Vermeidung einer Divergenz auf mitgliedstaatlicher Ebene	236
D. Konstellationen einer Kollision	239
I. Interne Divergenz	240
1. ENZ und <i>acte de notoriété</i>	241
2. ENZ und Erbschein bzw. Testamentsvollstreckerzeugnis	243
a) ENZ	243
b) Erbschein und Testamentsvollstreckerzeugnis	244
3. Résumé	246
II. Grenzüberschreitende Divergenz	246
1. ENZ und nichtgerichtliche Nachlasszeugnisse des Verwendungsmitgliedstaats	246
2. Abweichende Bestimmung des letzten gewöhnlichen Aufenthalts des Erblassers	246
a) ENZ und gerichtliche Nachlasszeugnisse des Verwendungsmitgliedstaats	246
b) ENZ und grenzüberschreitend zirkulierende Entscheidungen oder öffentliche Urkunden im Ausstellungsstaat des ENZ	247
aa) Differenzierung zwischen Entscheidungen und öffentlichen Urkunden	247
bb) Grenzüberschreitende Zirkulation der exemplarisch betrachteten MNZ – Einordnung der deutschen bzw. französischen MNZ als Entscheidung bzw. öffentliche Urkunde	248
(1) Deutsche Nachlasszeugnisse	248
(a) Erbschein	248
(aa) Subsumtion unter Art. 3 Abs. 1 lit. i EuErbVO	248
(bb) Subsumtion unter Art. 3 Abs. 1 lit. g EuErbVO	249
(cc) Stellungnahme: Einordnung als Entscheidung i. S. d. Art. 3 Abs. 1 lit. g EuErbVO	250
(b) Zwischenrésumé	252
(c) Testamentsvollstreckerzeugnis	252
(2) Französischer <i>acte de notoriété</i>	253
(a) Keine Subsumtion unter Art. 3 Abs. 1 lit. g EuErbVO	253
(b) Subsumtion unter Art. 3 Abs. 1 lit. i EuErbVO	253
(aa) Förmliche Errichtung	253
(bb) Authentizität	254
(c) Zwischenrésumé	255

<i>E. Gründe für eine Divergenz zwischen ENZ und MNZ</i>	255
I. Interne Divergenz	256
1. Feststellung unterschiedlicher Sachverhalte oder materiell- rechtliche Fehlerhaftigkeit eines der Nachlasszeugnisse	256
2. Keine Divergenz aufgrund erbrechtlicher Qualifikation des § 1371 Abs. 1 BGB und der <i>avantages matrimoniaux</i> des französischen Rechts	256
II. Grenzüberschreitende Divergenz	256
1. Divergierende inhaltliche Ausgestaltung von ENZ und MNZ	257
2. Feststellung unterschiedlicher Sachverhalte aufgrund subsidiär anwendbaren nationalen Verfahrensrechts	257
3. Abweichende Bestimmung des Erbstatuts durch abweichende Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthalts des Erblassers im Zeitpunkt seines Todes	257
4. Grenzüberschreitende Divergenz aufgrund unterschiedlicher Vorfragenanknüpfung?	258
a) Qualifikation und Anpassung	259
aa) Qualifikation	259
(1) Abgrenzung von Erbstatut und Güterrechtsstatut – Art. 1 Abs. 2 lit. d EuErbVO	259
(a) Komplementäre Anwendungsbereiche von EuErbVO und EuGüVO/EuPartVO	260
(b) Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht nach der EuGüVO/EuPartVO	261
(aa) Internationale Zuständigkeit	261
(bb) Anwendbares Recht	262
(2) Abgrenzung von Erbstatut und Sachenrechtsstatut – Art. 1 Abs. 2 lit. k EuErbVO, insbesondere erbrechtliche Qualifikation eines Vindikationslegats	264
bb) Anpassung dinglicher Rechte nach Art. 31 EuErbVO und Lösung widerstreitender Kommorientenvermutung nach Art. 32 EuErbVO	264
(1) Konflikte zwischen Erbstatut und benachbarten Statuten	264
(2) Verhältnis widerstreitender nationaler Kommorientenvermutungen	265
b) Vorfragenanknüpfung- und Vorfragenentscheidung	266
aa) Selbständige oder unselbständige Vorfragenanknüpfung im Rahmen der EuErbVO	267
(1) Stellungnahme – unselbständige Vorfragenanknüpfung	270

(a)	Keine implizite Entscheidung des europäischen Verordnungsgebers zugunsten einer selbständigen Vorfragenanknüpfung	271
(b)	<i>Effet utile</i> des ENZ	272
(c)	Vermeidung divergierender Nachlasszeugnisse	273
(d)	Internationaler Entscheidungseinklang als wesentliches Anliegen der EuErbVO	274
(e)	(Hypothetischer) Wille des Erblassers	275
(2)	Zwischenrésumé	276
bb)	Art. 1 Abs. 2 lit. a EuErbVO	276
cc)	Art. 1 Abs. 2 lit. d EuErbVO	276
5.	Vorrang mitgliedstaatlicher Staatsverträge, Art. 75 Abs. 1 EuErbVO	277
a)	Vorrangige Übereinkommen Deutschlands	278
aa)	Deutsch-persisches Niederlassungsabkommen	278
bb)	Deutsch-türkisches Nachlassabkommen	279
cc)	Deutsch-sowjetischer Konsularvertrag	280
b)	Vorrangige Übereinkommen Frankreichs	280
c)	Bindung des Ausstellungsstaats des ENZ an ein vorrangiges Übereinkommen	281
aa)	Lösungsansätze	281
bb)	Stellungnahme	283
d)	Vorrangiges Übereinkommen im Verwendungsmitgliedstaat des ENZ	284
aa)	Lösungsvorschläge	284
bb)	Stellungnahme	285
6.	Enge Grenzen des <i>ordre public</i> , Art. 35 EuErbVO	286
a)	Anwendbarkeit des Art. 35 EuErbVO auch bei der Ausstellung nichtgerichtlicher Nachlasszeugnisse	288
b)	Einzelfälle einer Berufung auf den <i>ordre public</i>	289
aa)	Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot des Art. 21 EuGRCh	289
bb)	Abweichende Regelung des Pflichtteils/Noterbrechts – (k)ein Verstoß?	289
(1)	Einzelne Bestandteile des deutschen <i>ordre public</i>	292
(2)	Französischer <i>ordre public – réserve héréditaire</i>	292
c)	Résumé	293
7.	Résumé	293

<i>F. Kollision des ENZ mit MNZ</i>	294
I. Folgen einer unechten Divergenz – kein Fall einer Kollision	294
II. Folgen einer echten Divergenz – Kollision von ENZ und MNZ . . .	296
1. Echte Divergenz im Ausstellungsstaat beider Nachlasszeugnisse	296
a) Keine Auflösung der Kollision nach Art. 40 Abs. 1 lit. c und lit. d EuErbVO	296
b) Kein Vorrang des einen oder des anderen Nachlasszeugnisses	297
c) Verfahrensrechtliche Folgen bei Unrichtigkeit eines Nachlasszeugnisses	297
aa) ENZ eines deutschen Nachlassgerichts und deutscher Erbschein	298
(1) Erbschein	298
(2) ENZ	300
bb) ENZ eines französischen Notars und französischer <i>acte de notoriété</i>	300
cc) Résumé	302
d) Folgen einer Kollision für die Wirkungen der Nachlasszeugnisse	302
aa) Darstellung vertretener (deutscher) Auffassungen	302
(1) Vermutungswirkung	302
(2) Gutgläubenswirkung	303
bb) Stellungnahme	304
(1) Keine Übertragung der Rechtsprechung deutscher Gerichte zu kollidierenden Erbscheinen aufgrund der Konzeption des Gutgläubensschutzes des ENZ	305
(2) Zwischenrésumé	307
(3) Verordnungsautonome Bestimmung der Folgen für die Wirkungen des ENZ	307
(a) Vermutungs- und Legitimationswirkung	307
(b) Gutgläubenswirkung	308
(4) Bestimmung der Folgen für die Wirkungen des MNZ nach autonomem mitgliedstaatlichen Recht	310
(a) Erbschein	310
(aa) Vermutungs- und Gutgläubenswirkung . . .	310
(bb) Legitimationswirkung	314
(b) Gutgläubenswirkung des <i>acte de notoriété</i>	315
(c) Résumé und Würdigung	317
2. Grenzüberschreitende echte Divergenz zwischen ENZ und MNZ	318
a) Internationales Erbverfahrensrecht	318

aa)	Kollision von ENZ und einer Entscheidung oder einer öffentlichen Urkunde aus einem anderen Mitgliedstaat im Ausstellungsstaat des ENZ	318
(1)	Keine Anwendung des Art. 40 lit. c oder lit. d EuErbVO	318
(2)	<i>Ordre public</i> -Vorbehalt des Art. 40 lit. a EuErbVO und des Art. 59 Abs. 1 UAbs. 1 EuErbVO	319
bb)	Grenzüberschreitende Kollision im Verwendungsmitgliedstaat des ENZ – Widerrufs- und Einziehungsmöglichkeit	321
b)	Darstellung und Bewertung bisher entwickelter Lösungswege	325
aa)	Vorrangstellung des einen oder des anderen Nachlasszeugnisses	325
(1)	Anwendung des Grundsatzes der zeitlichen Priorität	325
(2)	Vorrangstellung des ENZ oder des MNZ	325
(3)	Stellungnahme	327
bb)	Lösungen, die an die Wirkungen der Nachlasszeugnisse anknüpfen	328
c)	Zwischenrésumé	328
d)	Folgen für die materiell-rechtlichen Wirkungen der Nachlasszeugnisse	328
e)	Sonderfall: Vorlage eines divergierenden MNZ im Verfahren zur Änderung eines ENZ	329
III.	Résumé	330
	<i>G. Divergenz zwischen ENZ mehrerer Mitgliedstaaten</i>	332
I.	(Keine) Vermeidung divergierender ENZ durch Art. 17 f. EuErbVO	333
II.	Keine Vermeidung divergierender ENZ unterschiedlicher Mitgliedstaaten trotz Zuständigkeitskonzentration	334
III.	Gründe einer Divergenz	335
IV.	Folgen einer echten Divergenz	336
1.	Keine Auflösung der Kollision auf Grundlage des Art. 40 Abs. 1 lit. c EuErbVO	336
2.	Widerruf des ENZ der international unzuständigen Ausstellungsbehörde	336
3.	Folgen für die jeweiligen Wirkungen der ENZ	337
a)	Vermutungs- und Legitimationswirkung	337
b)	Gutgläubenswirkung	337
V.	Résumé	339
	<i>H. Freizügigkeitskonkurrenz</i>	340

I. ENZ und drittstaatliche Nachlasszeugnisse	341
I. Anerkennung des ENZ in einem Drittstaat	343
II. Anerkennung drittstaatlicher Nachlasszeugnisse im Ausstellungsstaat des ENZ	346
1. Nachlasszeugnisse von Nicht-EU-Mitgliedstaaten	346
2. Irische und dänische Nachlasszeugnisse – kein Sonderfall	348
III. Sonderproblem: Anwendung des Art. 69 Abs. 3 und Abs. 4 EuErbVO vor drittstaatlichen Gerichten	349
IV. Résumé	349
 Kapitel 6: Überlegungen <i>de lege ferenda</i>	 351
 Zusammenfassung und Ergebnisse in Thesen	 355
 <i>A. Materiell-rechtliche Wirkungen der betrachteten Nachlasszeugnisse</i>	 355
I. Abstrakter vs. konkreter Redlichkeitsschutz	355
II. Legitimationswirkung bei der Registereintragung	355
 <i>B. Grenzüberschreitende Erstreckung der Wirkungen eines MNZ</i>	356
I. Verordnungsautonomer Rechtskraftbegriff	356
II. Anerkennung bzw. Annahme von MNZ	356
 <i>C. Optionaler Dualismus</i>	357
 <i>D. Begriff der Divergenz</i>	357
I. Echte vs. unechte Divergenz	357
II. Interne vs. grenzüberschreitende Divergenz	358
 <i>E. Gründe einer internen Divergenz</i>	358
 <i>F. Gründe einer grenzüberschreitenden Divergenz</i>	358
 <i>G. Folgen einer Kollision von ENZ und MNZ</i>	358
I. Weiter, jedoch nicht unbegrenzter Gerichts begriff der EuErbVO	359
II. Kein europäischer Entscheidungseinklang	359
III. Sperrwirkung des Art. 67 Abs. 1 UAbs. 2 lit. b EuErbVO	360
IV. Überlegungen <i>de lege ferenda</i>	360
 <i>H. Auflösung einer internen Kollision</i>	360

<i>I. Auflösung einer grenzüberschreitenden Kollision</i>	361
I. Im Wesentlichen keine verfahrensrechtliche Lösung	361
II. Bestimmung der Folgen für die Wirkungen der in Rede stehenden Nachlasszeugnisse	361
<i>J. Echte Divergenz von ENZ unterschiedlicher Mitgliedstaaten .</i>	363
<i>K. Drittstaatliche Nachlasszeugnisse</i>	363
<i>L. Grafische Übersicht</i>	364
Literaturverzeichnis	369
Sachregister	391

Verzeichnis wesentlicher Abkürzungen und zitierter Rechtsakte

a. A.	andere Auffassung
a. F.	alte Fassung
ABIEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABIEU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
act.	<i>actualité</i>
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AJ fam.	<i>Actualité juridique de la famille</i>
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Bd.	Band
Bearb.	Bearbeiter
BeckOGK	Beck-online Großkommentar
BeckOK	Beck-online Kommentar
BeckRS	beck-online.RECHTSPRECHUNG
Begr.	Begründer
BegrRegE	Begründung des Regierungsentwurfs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
Brüssel Ia-VO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABIEU v. 20.12.2012, L 351/1.
Brüssel I-VO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABIEG v. 16.1.2001, L 12/1.
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
Bull. civ.	<i>Bulletin des arrêts de la Cour de cassation (chambres civiles)</i>
BWNNotZ	Zeitschrift für das Notariat in Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise
C. civ.	<i>Code civil</i>
C. mon. fin.	<i>Code monétaire et financier</i>
Cass. civ.	<i>Arrêt d'une chambre civile de la Cour de cassation</i>
comm.	<i>Commentaire</i>

XXIV Verzeichnis wesentlicher Abkürzungen und zitierter Rechtsakte

CPC	<i>Code de procédure civile</i>
D.	<i>décret</i> (betreffend Rechtsquellen) bzw. <i>Recueil Dalloz</i> (betreffend Literatur)
d. h.	das heißt
Defrénois	<i>Répertoire général du notariat Defrénois</i>
Ders./Dies.	Derselbe/Dieselbe(n)
Dir.	<i>Directeur/s</i>
DNotI	Deutsches Notarinstitut
DNotV	Deutscher Notarverein
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
Dr. Fam.	<i>Droit de la famille</i>
DStR	Deutsches Steuerrecht
Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1329/2014	Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1329/2014 der Kommission vom 9. Dezember 2014 zur Festlegung der Formblätter nach Maßgabe der Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses, ABIEU v. 16.12.2014, L 359/30.
E	Entwurf
Ed.	Edition
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
Einl.	Einleitung
EL	Ergänzungslieferung
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention)
endg.	Endgültig
engl.	Englisch/e
ENZ	Europäisches Nachlasszeugnis/Europäische Nachlasszeugnisse (jeweils in sämtlichen Kasus)
ErbR	Zeitschrift für die gesamte erbrechtliche Praxis
ERPL	<i>European Review of Private Law</i>
ErwG	Erwägungsgrund
et al.	Und andere (lateinisch: <i>et alii</i>)
EU	Europäische Union
EuErbVO	Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses, ABIEU v. 27.7.2012, L 201/107.
EuErbVO-E	Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen und öffentlichen Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses v. 14.10.2009, KOM (2009) 154 endg.

EuGH	Europäischer Gerichtshof (Instanz), aber auch <i>pars pro toto</i> Gerichtshof der Europäischen Union (Institution)
EuGRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union (EU-Grundrechtecharta)
EuGüVO	Verordnung (EU) 2016/1103 des Rates vom 24.6.2016 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen des ehelichen Güterstands, ABIEU v. 8.7.2016, L 183/1.
EuGVÜ	Übereinkommen von Brüssel von 1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABIEG v. 31.12.1972, L 299/32.
EuInsVO	Verordnung (EU) 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.5.2015 über Insolvenzverfahren (Neufassung), ABIEU v. 5.6.2015, L 141/19.
EuLF	The European Legal Forum
EuPartVO	Verordnung (EU) 2016/1104 des Rates vom 24.6.2016 zur Durchführung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen güterrechtlicher Wirkungen eingetragener Partnerschaften, ABIEU v. 8.7.2016, L 183/30.
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EuScheidungsVO/ Rom III-VO	Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 des Rates vom 20. Dezember 2010 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts, ABIEU v. 29.12.2010, L 343/10.
EuUntVO	Verordnung (EG) Nr. 4/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen, ABIEG v. 10.1.2009, L 7/1.
EUV	Vertrag über die Europäische Union vom 7. Februar 1992
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	folgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
ff.	fortfolgende
Fn.	Fußnote
frz.	Französisch/e
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt
GBO	Grundbuchordnung
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung

XXVI *Verzeichnis wesentlicher Abkürzungen und zitierter Rechtsakte*

GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
h. M.	herrschende Meinung
HGB	Handelsgesetzbuch
HK	Handkommentar
Hrsg.	Herausgeber
i. d. R.	in der Regel
i. d. S.	in diesem/dem Sinne
i. E.	im Ergebnis
i. R. d.	im Rahmen des/der
i. S. d.	im Sinne des/der
i. V. m.	in Verbindung mit
insbes.	insbesondere
IntErbRVG	Internationales Erbrechtsverfahrensgesetz
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	Bundesgesetz der Schweiz über das Internationale Privatrecht vom 18.12.1987 (Stand 1.2.2021)
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
J Priv Int L	<i>Journal of Private International Law</i>
JCP	<i>Juris-Classeur périodique (La Semaine Juridique), édition: Générale</i>
JCP N	<i>Juris-Classeur périodique (La Semaine Juridique), édition: Notariale et Immobilière</i>
JDI	<i>Journal du droit international (Clunet)</i>
JORF	<i>Journal officiel de la République française (lois et règlements)</i>
jurisPK	juris PraxisKommentar
JuS	Juristische Schulung
KOM	Europäische Kommission
L	Abl.-Reihe L (Rechtsvorschriften)
L.	<i>Loi</i>
lit.	Buchstabe [lateinisch: <i>littera</i>]
m. a. W.	mit anderen Worten
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer
MNZ	Mitgliedstaatliches Nachlasszeugnis/Mitgliedstaatliche Nachlasszeugnisse (jeweils in sämtlichen Kasus)
MPIPRIV	<i>Max Planck Institute for Comparative and International Private Law</i>
MüKo	Münchener Kommentar
n	<i>numéro</i>
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
NK	Nomos Kommentar
notar	Monatsschrift für die gesamte notarielle Praxis
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis

Nr.	Nummer
OGH	Oberster Gerichtshof der Republik Österreich
OLG	Oberlandesgericht
p.	<i>page</i>
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht (<i>The Rabel Journal of Comparative and Interna- tional Private Law</i>)
RegE	Regierungsentwurf
Rev. crit. DIP	<i>Revue critique de droit international privé</i>
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RIN	Règlement inter-cours des notaires (Règlement national, règle- ment inter-cours du Conseil Supérieur du Notariat approuvé par arrêté de Madame la Garde des Sceaux, Ministre de la justice en date du 22 mai 2018 (J.O. du 25 mai 2018))
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
Rom III-VO/ EuScheidungsVO	Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 des Rates vom 20. Dezember 2010 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts, ABIEU v. 29.12.2010, L 343/10.
Rom II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („Rom II“), ABIEG v. 31.7.2007, L 199/40.
Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I), ABIEG v. 4.7.2008, L 177/6.
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger
RPfLG	Rechtspflegergesetz
Rs.	Rechtssache
RTD civ.	<i>Revue trimestrielle de droit civil</i>
RTD eur.	<i>Revue trimestrielle de droit européen</i>
S.	Seite (Fußnote) bzw. Satz (Normen)
sic	<i>sic erat scriptum</i>
sublit.	Unterbuchstabe [lateinisch: <i>sublittera</i>]
successio	Zeitschrift für Erbrecht (Schweiz)
Tru. L.I.	Trust Law International
u. a.	und andere
u. U.	unter Umständen
UAbs.	Unterabsatz
v.	vom
Verf.	Verfasser
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vorb.	Vorbemerkung

XXVIII *Verzeichnis wesentlicher Abkürzungen und zitierter Rechtsakte*

z. B.	zum Beispiel
ZErB	Zeitschrift für die Steuer- und Erbrechtspraxis
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZfRV	Zeitschrift für Europarecht Int. Privatrecht und Rechtsvergleichung
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch
zit.	Zitiert als
ZPO	Zivilprozessordnung
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft

Einleitung

Bereits im Jahre 1849 äußerte *Friedrich Carl von Savigny* das Bedürfnis nach einer erhöhten Verkehrsfähigkeit von Rechten und einem internationalen Entscheidungseinklang, um die Funktionsfähigkeit eines zunehmend „manichfaltige[n] und lebhaft[e]“ internationalen Rechtsverkehrs zu gewährleisten.¹ Weit über ein Jahrhundert später hat sich dieses Bedürfnis speziell auf dem Gebiet des internationalen Erbrechts noch potenziert. Die grenzüberschreitende Mobilität floriert² – naturgemäß wuchs damit auch die Anzahl von Erbfällen mit grenzüberschreitendem Bezug.³

Im Vorfeld der Schaffung einer EuErbVO⁴ erschwerte einerseits der fehlende internationale Entscheidungseinklang eine rechtssichere Nachfolgeplanung für den Erblasser⁵, andererseits führte die Verschiedenartigkeit der mitgliedstaatlichen Erb- und Erbverfahrensrechte auch für die erbrechtlich Berechtigten zu erheblicher Rechtsunsicherheit und beeinträchtigte diese in

¹ *Von Savigny*, System des heutigen Römischen Rechts, Bd. 8, 1849, 26 f. („Dahin führt die wünschenswerthe Gegenseitigkeit in der Behandlung der Rechtsverhältnisse, und die daraus hervorgehende Gleichheit in der Beurteilung der Einheimischen und Fremden, die im Ganzen und Großen durch den gemeinsamen Vortheil der Völker und der Einzelnen geboten wird.“).

² C. *Nourissat* AJ fam. 2005, 393; M-P. *Weller* RabelsZ 81 (2017), 747 (765).

³ Nach Angaben der Kommission im Vorfeld der Schaffung einer EuErbVO gibt es in der EU jährlich rund 450.000 Erbfälle, die einen grenzüberschreitenden Bezug aufweisen, wobei der Gesamtwert der entsprechenden Nachlässe auf rund 123.3 Mrd. Euro jährlich geschätzt wird, vgl. Commission staff working document accompanying the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council on jurisdiction, applicable law, recognition and enforcement of decisions and authentic instruments in matters of successions and on the introduction of a European Certificate of Inheritance, Impact Assessment v. 14.10.2009, SEC(2009) 410 final, 18.

⁴ Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses, ABIEU v. 27.7.2012, L 201/107.

⁵ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird i.R.d. Untersuchung das generische Maskulinum verwendet. Sämtliche Personenbezeichnungen schließen Angehörige aller Geschlechter ein.

der Durchsetzung ihrer Rechte.⁶ Die fehlende Vereinheitlichung der Regelungen zur internationalen Zuständigkeit in den europäischen⁷ Mitgliedstaaten vertiefte diese Rechtsunsicherheit noch.⁸ Besonders die Verwendung eines nationalen Nachlasszeugnisses im Ausland war mit immensen Schwierigkeiten verbunden.⁹ Die mangelnde Verkehrsfähigkeit ausländischer Nachlasszeugnisse in der EU zwang die erbrechtlich Berechtigten häufig dazu, parallel nationale Nachlasszeugnisse in mehreren europäischen Mitgliedstaaten zu beantragen.¹⁰ Die grenzüberschreitende Abwicklung eines Erbfalls gestaltete sich folglich als kompliziert, zeit- und kostenintensiv.¹¹

Entscheidungsleitende Erwägung des europäischen Ordnungsgebers bei der Implementierung der EuErbVO war gerade die Ausräumung vorgenannter grundsätzlicher Schwierigkeiten bei der grenzüberschreitenden Nachlassplanung, Nachlassabwicklung und Rechtsdurchsetzung, um – ganz im Geiste *Savignys* – das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts zu erleichtern (vgl. ErwG 7 EuErbVO).¹² Wesentliche Triebfeder der Schaffung von Rechtssicherheit ist zunächst das dritte Kapitel der EuErbVO, dessen Bestimmungen mehrere miteinander konkurrierende Rechtsordnungen grundsätzlich über das Anknüpfungskriterium des gewöhnlichen Aufenthalts koordinieren.¹³ Bei einem grenzüberschreitenden Erbfall führen die Art. 20ff. EuErbVO idealerweise¹⁴ dazu, dass – entsprechend *Savignys* formuliertem Bedürfnis nach einem internationalen Entscheidungseinklang¹⁵ – ohne Rücksicht auf das jeweilige *forum* jeweils dieselbe Rechtsordnung zur Anwendung berufen wird.¹⁶ Nicht minder bedeutsam ist die Vereinheit-

⁶ MüKoBGB/*Dutta* EuErbVO, Vorb. zu Art. 1 Rn. 16; C. *Nourissat* AJ fam. 2005, 393.

⁷ Wird der Begriff „Mitgliedstaat“ im Folgenden ohne diesen oder einen vergleichbaren erläuternden Zusatz verwendet, so erfasst dieser Begriff allein Mitgliedstaaten i. S. d. EuErbVO, nicht aber sämtliche Mitgliedstaaten der EU.

⁸ MüKoBGB/*Dutta* EuErbVO, Art. 1 Rn. 16.

⁹ F. *Chalvignac* Dr. Fam. 2013 dossier 39.

¹⁰ *Kleinschmidt* in jurisPK-BGB, EuErbVO, Art. 62 Rn. 4.

¹¹ *Kleinschmidt* in jurisPK-BGB, EuErbVO, Art. 62 Rn. 4.

¹² Umfassend zu den Hintergründen des europäischen Ordnungsgebers hinsichtlich der Schaffung der EuErbVO etwa BeckOGK/*J. Schmidt* EuErbVO, Art. 1 Rn. 3.

¹³ BeckOGK/*J. Schmidt* EuErbVO, Art. 21 Rn. 5.

¹⁴ Die Vereinheitlichungswirkung der Art. 20ff. EuErbVO erfährt eine Einschränkung gegebenenfalls durch Art. 75 Abs. 1 UAbs. 1, Abs. 2 EuErbVO sowie durch den Umstand, dass die Anwendung des Kollisionsrechts und die Ermittlung ausländischen Rechts weitgehend dem mitgliedstaatlichen Verfahrensrecht unterliegt, vgl. MüKoBGB/*Dutta* EuErbVO, Vorb. zu Art. 20 EuErbVO Rn. 3.

¹⁵ *Von Savigny*, System des heutigen Römischen Rechts, Bd. 8, 1849, 27.

¹⁶ MüKoBGB/*Dutta* EuErbVO, Vorb. zu Art. 20 Rn. 2; *Geimer/Garber* in Geimer/Schütze, EuZivilVerfR, EuErbVO, Art. 1 Rn. 11; Palandt/*Thorn* EuErbVO, Vorb. Rn. 1.

lichung der Zuständigkeit in Erbsachen sowie die Vereinheitlichung der Anerkennung, Vollstreckbarkeit und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme öffentlicher Urkunden in Erbsachen durch die EuErbVO (vgl. ErwG 8 EuErbVO).

Neben diesen Regelungen schuf der europäische Verordnungsgeber das Europäische Nachlasszeugnis (im Folgenden „ENZ“). Dieser europaweit vereinheitlichte supranationale Nachweis erbrechtlicher Berechtigungen, Rechte bzw. Rechtsstellungen steht der Vereinheitlichung des internationalen Erbverfahrensrechts sowie des internationalen Erbkollisionsrechts hinsichtlich seiner Bedeutung im internationalen Rechtsverkehr keineswegs nach. Das ENZ soll die grenzüberschreitende Nachlassabwicklung in den Mitgliedstaaten der EuErbVO beschleunigen, vereinfachen und letztlich effizienter gestalten (vgl. ErwG 67 EuErbVO).

Das sechste Kapitel der EuErbVO enthält detaillierte Vorschriften zur Einführung des ENZ. Es etabliert ein optionales Nebeneinander des ENZ und „der innerstaatlichen Schriftstücke, die in den Mitgliedstaaten zu ähnlichen Zwecken verwendet werden“ (vgl. Art. 62 Abs. 3 S. 1 EuErbVO), m. a. W. des ENZ und der mitgliedstaatlichen Nachlasszeugnisse¹⁷ (im Folgenden „MNZ“). Allerdings lässt die EuErbVO im Regelungsgefüge der Art. 62 bis Art. 73 EuErbVO die Kollision von ENZ und MNZ bzw. drittstaatlichen Nachlasszeugnissen unberücksichtigt.¹⁸

A. Gegenstand der Untersuchung und Meinungsstand

Einige Jahre nach Geltungsbeginn wesentlicher Teile der EuErbVO und trotz einiger Vorabentscheidungen des EuGH bestehen unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von ENZ und nationalen Nachlasszeugnissen sowie dessen Folgeproblemen nach wie vor praktisch wie wissenschaftlich relevante Unklarheiten, denen sich diese Untersuchung widmet.

Eine Kollision von Nachlasszeugnissen materiell-widersprüchlichen Inhalts wird, wie die Untersuchung im Folgenden aufzeigen wird, nicht bereits durch die Zuständigkeitsvorschriften der EuErbVO vermieden. Denn

¹⁷ Einen ähnlichen, indes weiteren, Oberbegriff für diese Schriftstücke („nationale Nachlasszeugnisse“) verwendet bereits GA *Szpunar* v. 22.2.2018, Schlussanträge *Oberle*, Rs. C-20/17, ECLI:EU:C:2019:89 Rn. 26 ff.

¹⁸ Erfordert die i. R. d. Untersuchung vorgenommene Darstellung keine Differenzierung zwischen MNZ einerseits und drittstaatlicher Nachlasszeugnisse andererseits, werden diese Nachlasszeugnisse für die Zwecke dieser Untersuchung unter dem Oberbegriff „nationale Nachlasszeugnisse“ zusammengefasst.

eine parallele Ausstellung von ENZ und nationalen Nachlasszeugnissen ist nicht nur bei einem parallelen Tätigwerden der Ausstellungsbehörden eines Mitgliedstaats und eines Drittstaats denkbar, sondern auch bei einem parallelen Tätigwerden der Ausstellungsstellen unterschiedlicher Mitgliedstaaten. In diesem Kontext sind unter den bislang zur Auslegung der EuErbVO ergangenen Entscheidungen des EuGH¹⁹ hinsichtlich der MNZ und des ENZ die Entscheidungen in den Rs. *Oberle*²⁰, *WB*²¹ und *E.E.*²² besonders hervorzuheben. Gegenstand dieser Entscheidungen waren, jedenfalls reflexartig, die Zuständigkeitsvorschriften der EuErbVO. In der Rs. *Oberle* forciert der EuGH die Eindämmung des Risikos eines gleichzeitigen Umlaufs sich widersprechender Nachlasszeugnisse, indem er einen Gleichlauf zwischen der internationalen Zuständigkeit für das Verfahren zur Ausstellung eines ENZ und für das Verfahren zur Ausstellung der gerichtlichen MNZ herstellt.²³ Dagegen sind die für die Ausstellung der MNZ zuständigen nichtgerichtlichen Ausstellungsstellen bei deren Ausstellung nicht an die Regelungen der EuErbVO zur internationalen Zuständigkeit gebunden (Rs. *WB* und Rs. *E.E.*).²⁴ Insbesondere – jedoch nicht ausschließlich – für diese Fälle besteht damit die Möglichkeit, dass neben der für die Ausstellung des ENZ zuständigen Stelle weitere nach mitgliedstaatlichem Recht für die Ausstellung nationaler Nachlasszeugnisse zuständige Stellen tätig werden.

Das Verhältnis von ENZ und nationalen Nachlasszeugnissen sowie die hieraus resultierenden Folgeprobleme sind bislang wenig in die Tiefe untersucht.²⁵ Eine Ausnahme davon bildet die Anfang 2019 erschienene Disserta-

¹⁹ EuGH v. 12.10.2017, *Kubicka*, Rs.C-218/16, ECLI:EU:C:2017:755; EuGH v. 1.3.2018, *Mahnkopf*, Rs.C-558/16, ECLI:EU:C:2018:138; EuGH v. 21.6.2018, *Oberle*, Rs. C-20/17, ECLI:EU:C:2018:485; EuGH v. 17.1.2019, *Brisch*, Rs. C-102/18, ECLI:EU:C:2019:34; EuGH v. 23.5.2019, *WB*, Rs. C-658/17, ECLI:EU:C:2019:444; EuGH v. 16.7.2020, *E.E.*, Rs. C-80/19, ECLI:EU:C:2020:569; EuGH v. 1.7.2021, *Succession de VJ*, Rs. C-301/20, ECLI:EU:C:2021:528; EuGH v. 9.9.2021, *UM*, Rs. C-277/20, ECLI:EU:C:2021:708. Anhängig ist beim EuGH derzeit noch ein Vorabentscheidungsersuchen des OLG Köln (OLG Köln v. 28.8.2020, 2 Wx 107/20, ECLI:DE:OLGK:2020:0828.2WX 107.20.0A, anhängig als Rs. C-422/20 – *RK (Déclinatoire de compétence)*; *GA Szpunar v. 8.7.2021, Schlussanträge RK (Déclinatoire de compétence)*, Rs. C-422/20, ECLI:EU:C:2021:565).

²⁰ EuGH (Kapitel 1 Fn. 19) *Oberle*.

²¹ EuGH (Kapitel 1 Fn. 19) *WB*.

²² EuGH (Kapitel 1 Fn. 19) *E.E.*

²³ EuGH (Kapitel 1 Fn. 19) *Oberle* Rn. 57.

²⁴ EuGH (Kapitel 1 Fn. 19) *WB* Rn. 55 ff.; EuGH (Kapitel 1 Fn. 19) *E.E.* Rn. 67 f., 80.

²⁵ Anders verhält es sich etwa beim Anknüpfungskriterium des letzten gewöhnlichen Aufenthalts, vgl. etwa die Dissertationen von *Emmerich*, Anknüpfung EuErbVO; *Greeske*, Kollisionsnormen EuErbVO; sowie *Kränzle*, Heimat als Rechtsbegriff. Die Fra-

tion von *Katharina Dorth*,²⁶ die ihre Arbeit auf das Verhältnis von ENZ und dem Erbschein des deutschen Rechts ausgerichtet hat. Indes ist die Arbeit aufgrund der zwischenzeitlich ergangenen Entscheidungen des EuGH in den Rs. *Oberle*, *WB* und *E.E.* bereits nicht mehr aktuell, da sie Literatur und Rechtsprechung lediglich bis einschließlich Dezember 2017 berücksichtigt.

Hinsichtlich des bisherigen wissenschaftlichen Diskurses zum Verhältnis von ENZ und nationalen Nachlasszeugnissen, insbesondere MNZ, ist ferner bemerkenswert, dass dieser ganz erheblich von deutschen Stimmen geprägt ist. Zwar wird im französischen Schrifttum²⁷ die Thematik kollidierender Nachlasszeugnisse teilweise durchaus aufgegriffen, jedoch eher stiefmütterlich behandelt. Denn die Gefahr kollidierender Nachlasszeugnisse wird in der französischen Literatur aufgrund der durch die EuErbVO erfolgten Kollisionsrechtsvereinheitlichung als marginal betrachtet.²⁸ Indes kann – wie dieser Untersuchung aufzuzeigen obliegt – die durch die EuErbVO erfolgte Kollisionsrechtsvereinheitlichung die Möglichkeit divergierender Nachlasszeugnisse zwar wesentlich eindämmen; einen europäischen Entscheidungseinklang gewährleisten die Art. 20 ff. EuErbVO jedoch nicht. Im Übrigen weist die bisherige Forschung zur Thematik gerade auch im deutschsprachigen Raum eine Lücke hinsichtlich Untersuchungen mit rechtsvergleichenden Elementen auf.

Herzstück dieser Untersuchung bildet die Kollision von Nachlasszeugnissen materiell-rechtlich widersprüchlichen Inhalts. Die Untersuchung soll aufzeigen, wie eine derartige Kollision aufgelöst werden könnte bzw. welche Auswirkungen eine solche auf die in Rede stehenden Nachlasszeugnisse hat.

B. Methode und Gang der Untersuchung

Die Untersuchung der Regelungen der EuErbVO erfolgt naturgemäß aus europäischer Perspektive. Denn die Begriffe der EuErbVO sind grundsätzlich unionsautonom und einheitlich – losgelöst vom nationalen Recht des

ge des internationalen Entscheidungseinklangs wird in den Dissertationen von *Konvalin*, ENZ ohne europäischen Entscheidungseinklang; und *Nietner*, Internationaler Entscheidungseinklang, thematisiert. Gegenstand der Untersuchungen etwa von *Möller*, Das ENZ im System des Gutgläubensschutzes, sowie *Trittner*, Redlichkeitsschutz, bildet der Gutgläubensschutz im (Internationalen) Erbrecht.

²⁶ *Dorth*, Verhältnis Erbschein und ENZ.

²⁷ *I. Barrière-Brousse* D. 2015, 1651 (Nr. 3); *A. Devers* Dr. Fam. 2018 comm. 228; *V. Égéa* RTD eur. 2018, 845 (Rn. 3).

²⁸ *A. Devers* Dr. Fam. 2018 comm. 228; *V. Égéa* RTD eur. 2018, 845 (Rn. 3).

Forumsstaats – auszulegen.²⁹ Mit Blick auf das genuin europäische Thema ist, neben unions- und verordnungsautonomer Rechtsauslegung, die Auswertung von Literatur und Rechtsprechung zur EuErbVO auch aus nicht deutschsprachigen Mitgliedstaaten unerlässlich. Nicht zuletzt aus diesem Grund erfolgt die Untersuchung des Verhältnisses von ENZ und nationalen Nachlasszeugnissen und dessen Folgen unter exemplarischer Heranziehung nicht nur deutscher, sondern auch französischer Nachlasszeugnisse. Ein rechtsvergleichender Zugang ist vor diesem Hintergrund geboten.

I. Zur Auswahl der exemplarischen Betrachtung des Verhältnisses von ENZ und deutschen bzw. französischen Nachlasszeugnissen

Die Auswahl der deutschen bzw. französischen Nachlasszeugnisse beruht auf deren konzeptionellen Unterschieden, die im Rahmen einer Kollision von ENZ und dem in Rede stehenden mitgliedstaatlichen Nachlasszeugnis freilich zu berücksichtigen sind.

Zunächst ist das Verfahren zur Ausstellung eines nationalen Nachlasszeugnisses in den Mitgliedstaaten der EU denkbar unterschiedlich ausgestaltet.³⁰ Der Nachweis der erbrechtlichen Berechtigung kann insbesondere nach der Art seiner Ausstellung und der zu seiner Ausstellung berufenen Stelle systematisiert werden.³¹ Im Wesentlichen kann insoweit zwischen dem gerichtlichen, dem notariellen sowie dem behördlichen Nachweis einer erbrechtlichen Berechtigung differenziert werden.³² Ein gerichtlicher Nachweis der Erbenstellung wie im deutschen Recht ist im Recht der Mitgliedstaaten der EU weitgehend unbekannt.³³ Gerade die französische Rechtsordnung in der Tradition des römischen Rechts ist mit dem Institut eines gerichtlichen Erbscheins nicht vertraut.³⁴ Das praktische Bedürfnis nach einem Nachweis der Erbenstellung stillt im französischen Recht in erster Linie der *acte de notoriété*.³⁵ Die ausschließliche Zuständigkeit für dessen

²⁹ EuGH (Kapitel 1 Fn. 19) *Mahnkopf* Rn. 32; EuGH (Kapitel 1 Fn. 19) *Oberle* Rn. 33; EuGH (Kapitel 1 Fn. 19) *Brisch* Rn. 22; EuGH (Kapitel 1 Fn. 19) *WB* Rn. 50; *Geimer/Garber* in *Geimer/Schütze*, *EuZivilVerfR*, *EuErbVO*, Art. 1 Rn. 3.

³⁰ *DNotI*, *Rechtsvergleichende Studie*, 305.

³¹ *Kleinschmidt* in *jurisPK-BGB*, *EuErbVO*, Art. 62 Rn. 3; *Kleinschmidt* *RabelsZ* 77 (2013), 723 (727); *Lübcke*, *Internationales Nachlassverfahrensrecht*, 118 ff.

³² *Lübcke*, *Internationales Nachlassverfahrensrecht*, 118.

³³ Einen gerichtlichen Nachweis der Erbenstellung kennt neben dem deutschen lediglich das griechische Recht, vgl. *DNotI*, *Rechtsvergleichende Studie*, 305.

³⁴ *DNotI*, *Rechtsvergleichende Studie*, 305.

³⁵ *S. Piédelièvre*, *Successions et libéralités*, Nr. 108.

Ausstellung weist das französische Recht den französischen Notaren zu (vgl. Art. 730-1 Abs. 1 C. civ.: „dressé par un notaire“³⁶).³⁷

Von nicht geringerer Relevanz für die Auswahl der französischen Nachlasszeugnisse ist der Umstand, dass das französische Recht – anders als das deutsche Recht – etwa auch das Vindikationslegat vorsieht, sodass bereits vor dem Hintergrund der inhaltlichen Ausgestaltung der Nachlasszeugnisse ein Vergleich spannend erscheint. Ferner unterscheiden sich – wie die Untersuchung im Folgenden aufzeigen wird – deutscher Erbschein und französischer *acte de notoriété* konzeptionell hinsichtlich der Art des vermittelten Gutgläubensschutzes.

II. Gang der Untersuchung

Die Untersuchung gliedert sich in sechs Kapitel. In einem vor die Klammer gezogenen Grundlagenteil werden zunächst die betrachteten Nachlasszeugnisse des autonomen deutschen und französischen Rechts sowie das ENZ dargestellt und speziell die materiell-rechtlichen Wirkungen der Nachlasszeugnisse einer vergleichenden Analyse unterzogen (erstes und zweites Kapitel). Gegenstand des dritten Kapitels ist der gemeinsame Anwendungs- und Geltungsbereich des ENZ und der MNZ – stellt sich die Frage zum Verhältnis doch nur im Falle eines solchen. Daran anschließend wird ebendiese Frage in einem vierten Kapitel beantwortet.

Kernstück der Untersuchung bildet die im fünften Kapitel unternommene Analyse der Folgen des im vierten Kapitel aufgezeigten optionalen Dualismus von ENZ und MNZ. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf der Untersuchung des Nebeneinanders divergierender Nachlasszeugnisse. Zunächst werden die Mechanismen der EuErbVO zur Vermeidung einer Divergenz zwischen ENZ und MNZ einer kritischen Analyse unterzogen. Dass die dahingehenden Bemühungen des europäischen Verordnungsgebers zwar durchaus Früchte getragen haben, indes eine Kollision divergierender Nachlasszeugnisse nicht gänzlich unterbinden können, bleibt im Laufe der Untersuchung zu zeigen. Insoweit wird u. a. die Schlüsselfrage, ob Zuständigkeitsregelungen der EuErbVO auch die internationale Zuständigkeit für die Ausstellung sämtlicher MNZ regeln, eingehend untersucht und eine unterschiedliche Behandlung gerichtlicher und nichtgerichtlicher MNZ aufgezeigt. Hierauf aufbauend werden die Gründe für eine Divergenz sowie de-

³⁶ Art. 730-1 Abs. 1 C. civ. lautet: „La preuve de la qualité d’héritier peut résulter d’un acte de notoriété dressé par un notaire, à la demande d’un ou plusieurs ayants droit“.

³⁷ J. Hérial in Savaux/Martineau/Bozet, Répertoire de droit civil, Acte de notoriété, Nr. 59; F. Ferran, Notaire et succession, Nr. 312.

ren Folgen dargestellt und anschließend analysiert. In diesem Zusammenhang wird zunächst empirisch der Rechtszustand unter exemplarischer Heranziehung der deutschen und französischen Nachlasszeugnisse erhoben und verglichen, bevor eine normative Bewertung erfolgt. Insoweit intendiert die Untersuchung darzulegen, dass die Kollision von ENZ und MNZ eine probate Lösung weder in den verfahrensrechtlichen Regelungen der EuErbVO noch in einer pauschalen Vorrangregel findet, sondern sich die Kollision auf die Wirkungen der in Rede stehenden Nachlasszeugnisse niederschlägt.

Die gewonnenen Erkenntnisse fließen im sechsten Kapitel in Überlegungen *de lege ferenda*. Ihren Abschluss findet die Untersuchung in einer Zusammenfassung und den Ergebnissen in Thesen.

Kapitel 1

Das ENZ als supranationales Rechtsinstrument

Die im Rahmen dieser Arbeit vorzunehmende Untersuchung des Verhältnisses von ENZ zu MNZ und speziell der Folgen deren Kollision erfordert, dass zunächst Ratio und die hieraus entspringende Diskussion um die Kompetenz der EU zur Schaffung eines supranationalen Rechtsinstruments (A.) wie auch der grenzüberschreitende Regelungsgehalt des ENZ (B.) aufgezeigt werden.

A. Ratio des ENZ und kompetenzrechtliche Problematik

Die Schaffung eines einheitlichen Rechtsinstruments zum Nachweis erbrechtlicher Rechtsstellungen wurde erstmals 2002 in einer von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen rechtsvergleichenden Studie des Deutschen Notarinstituts¹ zu den verfahrensrechtlichen und kollisionsrechtlichen Regelungen der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet des internationalen Erbrechts angeregt.² Dieser Vorschlag fand Eingang in den Kommissionsentwurf für eine Europäische Erbrechtsverordnung.³ Die Art. 36 bis 44 EuErbVO-E enthielten entsprechend Vorschläge für die Regelung eines ENZ, die – teilweise signifikant modifiziert⁴ – in das sechste Kapitel der heutigen EuErbVO integriert wurden.

Art. 62 EuErbVO bestimmt als Grundnorm die Einführung des ENZ und seinen Charakter als lediglich optionales Harmonisierungsinstrument.⁵ Art. 63 EuErbVO statuiert den Zweck des ENZ. Das Ausstellungsverfahren

¹ *DNotI*, Rechtsvergleichende Studie.

² *DNotI*, Rechtsvergleichende Studie, 184.

³ Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen und öffentlichen Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses v. 14.10.2009, KOM (2009) 154 endg.

⁴ *Buschbaum/Simon* ZEV 2012, 525; *BeckOGK/J. Schmidt* EuErbVO, Art. 62 Rn. 7.

⁵ *Burandt/Rojahn/Burandt/Schmuck* EuErbVO, Art. 62 Rn. 1 f.; *Dutta/Weber/Fornasier* IntErbR, Art. 62 Rn. 1 EuErbVO; *Hundertmark/Limbach* in *Gebauer/Wiedmann*,

ist in Art. 64 EuErbVO bis Art. 67 EuErbVO geregelt, wobei Art. 64 EuErbVO die Zuständigkeit, Art. 65 EuErbVO ein Antragsersfordernis und die Antragsvoraussetzungen, Art. 66 EuErbVO die Prüfung des Antrags und Art. 67 EuErbVO schließlich die Ausstellung des ENZ regelt. Die Urschrift des ENZ verbleibt bei der Ausstellungsbehörde – Art. 70 EuErbVO regelt in diesem Zusammenhang die Ausstellung beglaubigter Abschriften. Art. 68 EuErbVO bestimmt den Inhalt des ENZ selbst sowie dessen beglaubigter Abschriften. Art. 69 EuErbVO regelt die Wirkungen eines ENZ. Art. 71 EuErbVO normiert Berichtigung, Änderung und Widerruf des ENZ, Art. 72 EuErbVO Rechtsbehelfe und Art. 73 EuErbVO die Aussetzung der Wirkungen des ENZ.

I. Bedürfnis für ein ENZ

Die Einführung des ENZ und seine Regelung in den Art. 62 EuErbVO bis Art. 73 EuErbVO stellt eine der bedeutendsten Neuerungen auf Ebene des europäischen Erbrechts dar.⁶ Die Einführung des ENZ gründet auf den in der Zeit vor der Geltung der EuErbVO bestehenden erheblichen Schwierigkeiten, erbrechtliche Rechtspositionen in grenzüberschreitenden Erbfällen nachzuweisen.⁷ Zwar sieht nahezu jedes autonome mitgliedstaatliche Recht ein Nachlasszeugnis vor, das zum Nachweis der Erbenstellung ausgestellt werden kann und diesen Zweck in der entsprechenden mitgliedstaatlichen Rechtsordnung auch erfüllt.⁸ Die MNZ divergieren teilweise jedoch wesentlich hinsichtlich der für die Ausstellung zuständigen Stelle,⁹ deren Prüfungsumfang¹⁰ sowie hinsichtlich ihres Inhalts¹¹ und der Reichweite ihrer Wirkungen¹². Vor diesem Hintergrund besteht nicht zuletzt die praktische Schwierigkeit, die Wirkungen eines ausländischen Nachlasszeugnisses im

Europäisches Zivilrecht, Kap. 44 EuErbVO, Art. 61 Rn. 1 ff.; BeckOGK/J. Schmidt EuErbVO, Art. 62 Rn. 2.

⁶ Vgl. etwa Burandt/Rojahn/Burandt/Schmuck EuErbVO, Art. 62 Rn. 1.

⁷ Burandt/Rojahn/Burandt/Schmuck EuErbVO, Art. 62 Rn. 1; MüKoBGB/Dutta EuErbVO, Vorb. zu Art. 62 Rn. 2; BeckOGK/J. Schmidt EuErbVO, Art. 62 Rn. 3 ff.

⁸ Kleinschmidt in jurisPK-BGB, EuErbVO, Art. 62 Rn. 4; BeckOGK/J. Schmidt EuErbVO, Art. 62 Rn. 3 ff.

⁹ Kleinschmidt in jurisPK-BGB, EuErbVO, Art. 62 Rn. 3; Kleinschmidt RabelsZ 77 (2013), 723 (727); Lübcke, Internationales Nachlassverfahrensrecht, 118 ff.

¹⁰ Kleinschmidt in jurisPK-BGB, EuErbVO, Art. 62 Rn. 3; Kleinschmidt RabelsZ 77 (2013), 723 (728).

¹¹ Vgl. hinsichtlich Erbschein und ENZ J. Schmidt ZEV 2014, 389 (391).

¹² Vgl. hinsichtlich Erbschein und ENZ Kleinschmidt IPRax 2020, 308 (309).

Sachregister

- Abschrift, beglaubigte 54–57, 60–62
– *siehe auch* Gutglaubensträger
Acte de notoriété 75–88, 145, 212–214,
241–243, 253–255, 300–302, 315 f.
Akzessorietät 72, 98
Änderung 59–62, 87 f., 98
Anerkennung 110, 121 f., 340 f.
– *siehe auch* Entscheidung
– Anerkennungshindernis 129 f.,
318–321, 336
Annahme 122–128, 319–321
– *siehe auch* Urkunde, öffentliche
Anpassung 264 f.
– Normendiskrepanz, qualitative 264 f.
– Normenhäufung 265
– Normenmangel 265
Anspruchsidentität 222, 224–226
Antragserfordernis 20 f., 69, 81, 94
Anwendungsbereich des Erbstatuts
259–276
– *siehe auch* Qualifikation
Attestation notariée 88–91, 144–149
Aufenthalt, gewöhnlicher 159–164, 180 f.
Auslegung 160, 185
– unionsautonome Auslegung 160,
185–193
– verordnungsspezifische Auslegung
160–164, 187–193
Aussetzung der Wirkungen,
siehe Wirkungsaussetzung
Ausstellungsstelle 20–24, 68 f., 81
Ausstellungshindernis 231–235
Ausweisklausel 158, 169, 262
Authentizität 254
– *siehe auch* Beweiskraft
– *siehe auch* Urkunde, öffentliche
Avantages matrimoniaux 31–37
– *siehe auch* Mahnkopf
Bereichsausnahme 259 f., 264
Beweiskraft 111 f., 122–128, 248 f., 254
– *siehe auch* Authentizität
– *siehe auch* Urkunde, öffentliche
– Beweiskraft, formelle 122–128
– Beweiskraft, materielle 127 f.
Bezug, grenzüberschreitender 15–17
Cour de Cassation 174–176, 292 f.
Damnationslegat 25 f.
– *siehe auch* Vermächtnis
Dänemark 348 f.
– *siehe auch* Drittstaat
Déclarant 78, 80 f.
Deutschland 68–75, 144, 248–252
Divergenz 152 f., 255
– echte Divergenz 153, 296–330
– grenzüberschreitende Divergenz 152,
318–330
– interne Divergenz 152, 240–246, 256,
296–317
– unechte Divergenz 153, 294–296
Drittstaat 341–350
Dualismus 134–138
– *siehe auch* Harmonisierung, optionale
E.E. 110, 189 f., 192 f., 208–210
– *siehe auch* Entscheidungsbegriff
– *siehe auch* Gerichtsbegriff
– *siehe auch* WB
Effet utile 31, 36 f., 40 f., 47 f., 53 f., 56 f.,
61 f., 67, 139 f., 202 f., 228, 235, 272 f.,
285 f., 295, 327
Einantwortungsurkunde 115
Einzelermächtigung, begrenzte 12–14,
351 f.
Einziehung 60–64

- Einziehungspflicht 60–64
 Entscheidung 110, 128–130, 248–252, 253
 – Entscheidungsbegriff 110
 – Entscheidungseinklang 1–4, 167 f., 267–270, 274 f., 283 f., 352, 359
 – Entscheidungskollision 128–130
 Entscheidungsanerkennung,
 siehe Anerkennung
 Entscheidungseinklang 1–4, 167 f., 267–270, 274 f., 283 f., 352, 359
 – internationaler Entscheidungseinklang 267, 274 f., 352
 – interner Entscheidungseinklang 269, 272
 Entscheidungskollision 128–130
 ENZ, *siehe* Europäisches Nachlasszeugnis
 – *siehe auch* Nachlasszeugnis, supranationales
 Erbschein 68–74, 144, 193, 211 f., 244–246, 248–252, 298 f., 310–315, 340 f.
 – *siehe auch* Nachlasszeugnis, nationales
 Erbstatut 155–171, 259–276
 Erbverfahrensrecht, internationales, *siehe* Verfahrensrecht, internationales
 EuGüVO 259–263
 – *siehe auch* EuPartVO
 – *siehe auch* Güterrechtsstatut
 EuPartVO 259–263
 – *siehe auch* EuGüVO
 – *siehe auch* Güterrechtsstatut
 Europäisches Nachlasszeugnis 9–17, 19–68, 101–105, 132–149, 182, 218 f., 230–235, 307–310, 332–340
 – *siehe auch* Nachlasszeugnis, supranationales

 Feststellungsbeschluss 69
 Forum necessitatis, *siehe* Notzuständigkeit
 Frankreich 31–37, 75–94, 144–149, 212–214, 241–243, 253–255, 300–302, 315 f.
 – *siehe auch* acte de notoriété
 – *siehe auch* attestation notariée
 – *siehe auch* avantages matrimoniaux

 Gericht 185–193
 – *siehe auch* E.E.
 – *siehe auch* WB
 – Gerichtsbegriff 185–193
 – Gerichtsstandsvereinbarung 172, 175–177, 179, 204, 243, 245, 261
 Gerichtsstandsvereinbarung 172, 175–177, 179, 204, 243, 245, 261
 Gewohnheitsrecht 76 f.
 – *siehe auch* Offenkundigkeitsurkunde
 Glaube, öffentlicher 72 f.
 Gleichlauf von forum und ius 229 f.
 Grundbuch 144
 – Grundbucheintragung 144
 – Grundbuchverfahren 144
 Güterrechtsstatut 259–263
 – *siehe auch* EuGüVO
 – *siehe auch* EuPartVO
 Gutgläubensschutz 50–58, 72 f., 84–87
 – *siehe auch* Redlichkeitsschutz
 – abstrakter Gutgläubensschutz 72 f.
 – Gutgläubigkeit 50–58, 72 f., 84–87
 – Gutglaubensträger 54–57
 – konkreter Gutgläubensschutz 52 f., 86 f.
 Gutglaubensträger 54–57
 – *siehe auch* beglaubigte Abschrift
 Gutgläubigkeit 50–58, 72 f., 84–87

 Harmonisierung, optionale 134–138
 – *siehe auch* Dualismus
 Herausgabeanspruch 28, 74, 300
 Héritiers réservataires, *siehe* Noterben

 Instrumentum 126–128
 – *siehe auch* Beweiskraft, formelle
 – *siehe auch* Urkunde
 Irland 348 f.
 – *siehe auch* Drittstaat

 Koexistenz, *siehe* Nebeneinander, *siehe* Dualismus
 Kollisionsnorm 156–171
 – allgemeine Kollisionsnorm 158–164
 – verfahrensrechtliche Kollisionsnorm 122 f., 128
 Kollisionsrecht 155–171
 – internationales Kollisionsrecht 155–171
 – nationales Kollisionsrecht 36, 56, 169
 Kommorientenvermutung 265 f.

- Kompetenz 12–15
 – *siehe auch* Zuständigkeit
 – Kompetenzkonflikt 178, 220, 236
 – Unionskompetenz 12–15
 Kompetenzkonflikt 178, 220, 236
 – negativer Kompetenzkonflikt 178
 – positiver Kompetenzkonflikt 178, 220
 Kraftloserklärung 73 f.
 Kubicka 42–49, 90 f.
 – *siehe auch* Vindikationslegat
- Legitimationswirkung 40–49, 71 f.
 Legs particulier 26–29, 42
 Lis pendens, *siehe* Rechtshängigkeit,
 doppelte, *siehe* Litispendenz
 Litispendenz 217 f.
- Mahnkopf 29–37, 58
 Mehrsprachigkeit, gleichrangige 186
 – *siehe auch* Auslegung, unionsautonome
 MNZ, *siehe* Nachlasszeugnis, mitglied-
 staatliches
 – *siehe auch* acte de notoriété
 – *siehe auch* attestation notariée
 – *siehe auch* Erbschein
 – *siehe auch* Nachlasszeugnis, mitglied-
 staatliches
 – *siehe auch* Testamentsvollstreck-
 erzeugnis
- Nachlasseinheit 164–166, 178 f.
 Nachlassgericht 68 f.
 Nachlassspaltung 47, 162 f., 164–166, 168,
 171, 179, 181, 213, 215 f., 279 f., 282
 Nachlasszeugnis 9–15, 19–68, 105–130,
 183–215, 239–255, 294–332, 341–349
 – drittstaatliches Nachlasszeugnis
 341–349
 – gerichtliches Nachlasszeugnis 117 f.,
 142, 197–207, 211 f.
 – mitgliedstaatliches Nachlasszeugnis
 105–130, 183–215, 239–255, 294–332
 – nationales Nachlasszeugnis 341–349
 – nichtgerichtliches Nachlasszeugnis
 117 f., 142, 207–210, 212–214, 234
 – supranationales Nachlasszeugnis 9–15,
 19–68
 Nebeneinander, *siehe* Dualismus
- Negotium 126–128
 – *siehe auch* Instrumentum
 – *siehe auch* Urkunde
 Normendiskrepanz, qualitative 264 f.
 Normenhäufung 265
 Normenmangel 265
 Notar 76–81, 194–197
 – *siehe auch* acte de notoriété
 Noterbe 34–36, 93, 292 f.
 Notzuständigkeit 216
 Numerus clausus 43–45
 – *siehe auch* Kubicka 42–49
- Oberle 198–207
 Offenkundigkeitsurkunde 76–81
 – *siehe auch* acte de notoriété
 – *siehe auch* Gewohnheitsrecht
 Ordre public 286–293
 Ordre-public-Vorbehalt 319–321
- Parallelverfahren 217–229
 – *siehe auch* Rechtshängigkeit, doppelte
 Parteiidentität 222–224
 Praktische Wirksamkeit, *siehe* effet utile
 Présomption simple 83
 – *siehe auch* Vermutung, widerlegliche
 Prioritätsprinzip 130, 215, 220, 222, 229,
 242, 304, 314, 319, 325, 339
 Privaturkunde 113
 Publicité foncière 88–91, 146–149
 – *siehe auch* attestation notariée
- Qualifikation 259–264
- Recht, mitgliedstaatliches 236–239
 Rechtsbehelf 10, 24, 67, 79, 121, 237, 302,
 322–325, 333 f.
 Rechtshängigkeit 218, 220–229
 – doppelte Rechtshängigkeit 220–229,
 333 f.
 – Rechtshängigkeitssperre 220
 Rechtswahl 157–159, 164–167, 169, 172,
 176 f., 229 f., 262 f., 275
 Redlichkeitsschutz 50–57, 72 f., 83–87
 – *siehe auch* Gutgläubensschutz
 Regelanknüpfung, *siehe* Aufenthalt,
 gewöhnlicher
 Register 143–149

- Renvoi, partieller 168–170
 Richtigkeitsvermutung 38–42, 70f., 83
 – negative Richtigkeitsvermutung 70
 – positive Richtigkeitsvermutung 70
 – Widerlegbarkeit der Richtigkeitsvermutung 41f., 70f., 83
 Sachenrechtsstatut 264
 – *siehe auch* numerus clausus
 – *siehe auch* Kubicka
 Saisine 27, 93
 – *siehe auch* Testamentsvollstrecker
 Schweiz 342–346
 – *siehe auch* Drittstaat
 Service chargé de la publicité foncière 145–149
 – *siehe auch* Register
 Sonderanknüpfung 167, 171
 Sondererbrechtsregime 166, 170
 Sperrwirkung 234
 Staatsverträge, vorrangige 277–285
 – *siehe auch* Übereinkommen, internationale
 Subsidiaritätsprinzip 14, 134–136, 182, 201, 307, 352
 Substitut 11, 104, 291, 347

 Testamentsvollstrecker 20, 91–94
 – Testamentsvollstreckerzeugnis 74f., 244f., 252
 Théorie de l'apparence 79, 316
 – *siehe auch* Redlichkeitsschutz

 Übereinkommen, bilaterales bzw. multilaterales 277–286
 Unionskompetenz 12–15
 Universalsukzession 102
 Unzuständigkeitserklärung 176, 220
 – *siehe auch* Rechtshängigkeit
 Urkunde 111–113
 – *siehe auch* Annahme
 – Instrumentum 126–128
 – Negotium 126–128
 – öffentliche Urkunde 111–113, 122–128, 248f., 253–255
 – Privaturkunde 113
 Urschrift 54, 79, 81
 – *siehe auch* Abschrift, beglaubigte

 Vereinigtes Königreich 341 f.
 – *siehe auch* Drittstaat
 Verfahrensrecht 171–229, 236–239, 298 f., 300 f.
 – internationales Verfahrensrecht 171–229
 – nationales Verfahrensrecht 236–239, 298 f., 300 f.
 Vermächtnis 24–29, 42–49
 – *siehe auch* Damnationslegat
 – *siehe auch* Vindikationslegat
 Vermutung, widerlegliche 41 f., 70f., 83
 Vermutungswirkung 38–49, 70–72, 83
 Viertel, erbrechtliches 29–31
 – *siehe auch* Mahnkopf
 Vindikationslegat 25–29, 42–49
 – *siehe auch* Vermächtnis
 Vorfrage 258, 266
 – Vorfragenanknüpfung 266–276
 Vorfragenanknüpfung 266–276
 – selbständige Vorfragenanknüpfung 267–269
 – unselbständige Vorfragenanknüpfung 267–276
 Vorrang 277–285, 297, 325–328

 WB 189–192, 208–210
 Widerruf 58–62, 300–302
 Widerspruch, inhaltlicher, *siehe* Divergenz
 Wirkung 37–58, 70–73, 83–87, 302–317, 328 f., 337–339
 – absolute Wirkung 65–68
 – materiell-rechtliche Wirkungen 37–58, 70–73, 83–87, 302–317, 328 f., 337–339
 – relative Wirkung 65–68
 – Wirkungsaussetzung 63
 – Wirkungserstreckung 105–128
 Wirkungsaussetzung 63
 Wirkungserstreckung 105–128
 – *siehe auch* Annahme
 – *siehe auch* Anerkennung

 Zugewinnausgleich, pauschalierter 29–31
 – *siehe auch* Viertel, erbrechtliches
 – *siehe auch* Mahnkopf
 Zuständigkeit 172–217
 – allgemeine Zuständigkeitsregelung 172 f.

- ENZ 182
- funktionale Zuständigkeit 68 f., 171 f., 182, 209, 215, 240, 244 f.
- gleichrangige Zuständigkeit 207–211
- internationale Zuständigkeit 172–217
- konkurrierende Zuständigkeit 215–217
- MNZ 183–215
- örtliche Zuständigkeit 69, 172, 182, 209, 240, 242–246, 298
- parallele Zuständigkeit 171–217
- sachliche Zuständigkeit 68, 172, 182, 209, 240, 243 f.
- subsidiäre Zuständigkeit 173–176, 179, 203 f., 211, 215 f.
- Zuständigkeitskonzentration 197–207, 334 f.
- Zuständigkeitskonzentration 197–207, 334 f.